

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und der SPD		
Verbesserung der Personalausstattung für Gedenk- und Erinnerungsarbeit		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2021	Kulturausschuss	Empfehlung
01.12.2021	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Notwendigkeit einer personellen Verstärkung der Gedenk- und Erinnerungsarbeit im Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen zu prüfen.

Bei Bedarf soll eine personelle Verstärkung mit entsprechender fachlicher Eignung zum nächstmöglichen Zeitpunkt realisiert werden. Das Ergebnis des Prüfprozesses ist der Bürgerschaft mittels Informationsvorlage zum 1. Februar 2022 vorzulegen.

Sachverhalt:

Die Bürgerschaft hat die Arbeitsgruppe Gedenken mit der Erarbeitung eines Gedenkkonzeptes für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock beauftragt. Zugleich hat die AG immer wieder die Dringlichkeit und Bedeutung einer koordinierten und konzeptbasierten städtischen Gedenk- und Erinnerungsarbeit angemahnt. Beides kann nicht durch ehrenamtliche Arbeit erfolgen. Die vorhandenen Ressourcen sind mit 25 Prozent einer Personalstelle im Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen dafür nicht ausreichend. Es braucht deshalb – wie in anderen vergleichbaren Städten – innerhalb der Stadtverwaltung eine Personalstelle, um die Aufgaben im Bereich der Gedenk- und Erinnerungsarbeit leisten zu können.

Die Arbeitsgruppe (AG) Gedenken arbeitet seit rund zehn Jahren unter Leitung des Präsidenten bzw. der Präsidentin der Bürgerschaft. Diese ehrenamtliche und beratende Arbeit hat in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Amt für Kultur Denkmalpflege und Museen zu sichtbaren, von Dritten beachteten und positiv bewerteten Ergebnissen geführt: unter anderem zum Gedenkort für Mehmet Turgut und zu den sechs Kunstwerken „Gestern Heute Morgen“ in Erinnerung und Mahnung an das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen von 1992.

Zu den aktuellen und regelmäßigen Aufgaben der AG Gedenken in Zusammenarbeit mit dem Fachamt zählen u.a.:

- Koordinierung der Zusammenarbeit mit allen städtischen Akteuren (z. B. Stadtarchiv, Kulturhistorisches Museum), den staatlichen (z. B. Denkmalschutzbehörde) und den nichtstaatlichen Akteuren wie den städt.

Erinnerungs- und Gedenkorten, Vereinen (z. B. Max-Samuel-Haus, Jüdische Gemeinde, Geschichtswerkstatt)

- Erarbeitung eines Gedenkkonzeptes (Beschlusslage der Bürgerschaft)
- Errichtung einer Gedenkstätte in städtischer Trägerschaft auf dem Neuen Friedhof für alle auf Rostocker Friedhöfen bestatteten Verfolgten des Nationalsozialismus mit namentlicher Nennung, was einer umfangreichen Recherche bedarf (Beschlussvorlage in Erarbeitung)
- jährliche Konzeptionierung und Durchführung von Veranstaltungen zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus und zum Gedenken an die Reichspogromnacht
- kontinuierliche Inventarisierung von Gedenksteinen, -tafeln etc., die sich im kommunalen Eigentum befinden
- Erarbeitung, Verantwortungsübernahme, Werterhaltung für neue Informationstafeln bspw. zu baulichen Zeugnissen oder Persönlichkeiten der Stadt (z.B. Otto Weidt, Arno Esch)
- Bearbeitung von Anfragen zum Verbleib oder zur Neuanfertigung von Erinnerungstafeln unter Einbezug inhaltlicher Recherchen, Behördengängen, gestalterischer Fragen (z. B. jüngste Erinnerungstafel an die Christuskirche)
- Netzwerkarbeit und Teilnahme an Tagungen des bundesweiten kommunalen Netzwerkes der Erinnerungs- und Gedenkkultur oder des Netzwerkes „Tatorte rassistischer Gewalt“

Zusätzliche Aufgaben ergeben sich aus der Sichtung von Leerstellen und der Erarbeitung weiterer Konzepte, so z. B. für einen würdigen Erinnerungs- und Gedenkort an die Friedliche Revolution von 1989 in Rostock. 2022 jähren sich die rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen zum 30. Mal. Das Gedenken und die würdige Erinnerung an diese Ausschreitungen ist dringende Aufgabe und Verantwortung unserer Stadtgesellschaft.

Die AG Gedenken hat in erster Linie konzeptentwickelnde und beratende Funktion. Notwendige Recherchearbeiten und die Umsetzung müssen durch das Fachamt erfolgen. Dafür ist eine personelle Verstärkung dringend notwendig.

Finanzielle Auswirkungen:

Als Prüfauftrag: keine. Im Rahmen der Prüfung soll auch eine Umwidmung unbesetzter Stellen in der Verwaltung mit betrachtet werden.

.....
Uwe Flachsmeyer (BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN)

.....
Eva-Maria Kröger (DIE LINKE.PARTEI)

.....
Dr. Steffen Wandschneider-Kastell (SPD)

Anlagen

Keine